Das liquidierte deutsche Auslandseigentum.

Die Vereinigten Staaten haben bekanntlich in diesem Jahre die Rückgabe des fortgenommenen deutschen Privateigentums beschlossen. Das amerikanische Freigabegesetz vom März 1928 ist das wichtigste und erfreulichste Ereignis auf diesem Gebiete in den letzten 8 Jahren und zwar nicht nur wegen der 850 Millionen, die jetzt, und der halben Milliarde, die später an die deutsche Wirtschaft zurückfließt, sondern wegen der politischen Tragweite dieses Vorgangs. Amerika will verhindern, daß in einem künftigen Kriege einmal amerikanisches Privateigentum fortgenommen wird. Es ist darum aufs Stärkste interessiert, daß auch seine ehemaligen Verbündeten in Europa ihre Enteignungen einigermaßen wieder gutmachen und daß dann die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Kriege durch feierliche Abmachungen stabilisiert wird. Dies tritt klar aus der letzten Rede Coolidges und anderen Erklärungen amerikanischer Staatsmänner hervor. Bei Deutschlands ehemaligen europäischen Kriegsgegnern sind allerdings nur noch Teilbeträge der beschlagnahmten Milliardenwerte für eine Freigabe verfügbar, doch auch die Rückgabe dieser Reste ist wichtig. Was hat das Jahr 1928 in dieser Beziehung gebracht? Zunächst einen umfangreichen, in dreijähriger Arbeit entstandenen Bericht eines französischen Kammerausschusses über die französischen Milliardenschiebungen mit deutschem Privateigentum in Elsaß-Lothringen. Danach hat z. B. der Verkauf oder die Verschleuderung von drei deutschen Eisenwerken (Wert 1,4 Milliarden Goldmark) der Liquidationskasse noch nicht 1/10 des Wertes eingebracht. Der Kammerbericht fordert die strengste Revision dieser für Frankreich beschämenden Vorgänge und zwar auch dann, wenn den Vorteil davon lediglich die deutschen Geschädigten haben sollten; Frankreich hat nämlich zugesagt, gewisse Restbeträge der Liquidationserlöse an Deutschland freizugeben. Das zweite Ereignis ist der deutsch-rumänische Vertrag vom November 1928, wonach Rumänien die Liquidationen einstellt und das nur beschlagnahmte, aber noch nicht versteigerte deutsche Vermögen freigibt. Und das dritte Ereignis ist die Freigabeweigerung des derzeitigen englischen Kabinetts — des gleichen Kabinetts, das seinerzeit die Beziehungen zum bolschewistischen Rußland mit einer großen Geste des Abscheus abgebrochen hat! Nachdem England den größten Teil der britischen Verkaufserlöse des deutschen Eigentums für die Befriedigung britischer Forderungen verbraucht hat, erklärt Baldwin am 19. November im Unterhause, daß selbst der noch verfügbare, für britische Forderungen nicht mehr benutzte Ueberrest (in Mark rund eine Viertelmilliarde) den Eigentümern nicht zurückgegeben werden solle. Ein Kommentar zu dieser Haltung, die hoffentlich nicht Englands letztes Wort ist, erübrigt sich.

Zur wirtschaftlichen Lage in Sachsen.

Dresden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben im vergangenen Monat zugenommen und führten zu einer Steigerung der Konkursanträge. Während im Oktober 85 Konkursanträge gemeldet wurden, ist die Monatszahl auf 92 gestiegen, wobei 26 Anträge wegen Mangel an Masse abgelehnt wurden. Besonders stark ist der Handel betroffen, während die Zahl der Konkursanträge aus der Industrie zurückgegangen ist. Die Monatszahl ist von 28 auf 23 gesunken.

Die Anträge auf Einleitung des Vergleichsverfahrens haben gegenüber dem Vormonat zugenommen. Während im Oktober 34 Anträge gemeldet wurden, wies der Monat November 37 derartige Anträge auf.

Die Betriebsstillegungsanzeigen haben eine ganz bedeutende Vermehrung erfahren. Die Monatszahl stieg von 122 auf 182, während im gleichen Monat des vorigen Jahres nur 43 Betriebsstillegungsanzeigen zu verzeichnen waren. Wiederum ein Beweis dafür, wie stark die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zugenommen haben.

Die bei der Post vorgenommenen Wechselproteste haben im Oktober gegenüber den Vormonaten keine wesentliche Aenderung erfahren.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben zu einer wesentlichen Verschlechterung geführt. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 100000 auf 122500 gestiegen.

Der Güterverkehr hat hinsichtlich der Wagenstellung eine Steigerung zu verzeichnen.

Der Export weist, gemessen an der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, abgesehen von der Kreishauptmannschaft Leipzig, einen Rückgang auf, der auf einen verminderten Export in Textil- und Lederwaren, künstlichen Blumen, Musikinstrumenten, Papier- und Metallwaren, Glaswaren und Textilmaschinen zurückzuführen ist. Die Exportziffern für Maschinen und Fahrzeuge weisen eine leichte Erhöhung auf. Auch die Exportziffern für die Kreishauptmannschaft Leipzig sind bedeutend zurückgegangen, was vor allen Dingen auf die starke Abnahme des Rauchwarenexportes zurückzuführen ist.

Der Auftragseingang im November gewährleistet für die Baumwollspinnereien wieder für einige Zeit Beschäftigung.

Gegenüber dem Vormonat Oktober hat sich die Gesamtlage der Baumwollwebereien im November verschlechtert. In der gesamten Strumpf-Industrie ist der Geschäftsgang nach wie vor unbefriedigend. Die Trikotagen-Industrie befindet sich in ähnlicher Lage, wenn auch die Berichte über Auftragseingänge verschieden lauten. Die Lage der sächsischen Papier-Industrie hat sich gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert.

Die sächsischen Pappenfabriken berichten, daß sich die Betriebswasserverhältnisse zwar gegen Ende des Monats November gebessert haben, trotzdem sahen sich einzelne Firmen genötigt, infolge Wassermangels ihren Betrieb wesentlich einzuschränken.

Aus der sächsischen Schuhindustrie wird berichtet, daß die Geschäftslage im Monat November ebenso schlecht gewesen ist wie in den Vormonaten.

Weitere Ablehnung des Schiedsspruches für die Werftarbeiter.

)(Kiel. Wie von der Kieler Streikleitung der Werftarbeiter mitgeteilt wird, haben sich bei der gestrigen Urabstimmung über den von Ministerialrat Dr. Grabein im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch 90 Prozent der Kieler Werftarbeiter für die Ablehnung des Schiedsspruchs ausgesprochen.

)(Flensburg. Laut Volkszeitung haben sich die Flensburger Werftarbeiter mit großer Mehrheit für die Ablehnung des Schiedsspruches ausgesprochen.

)(Bremen. In der nachmittags in Vegesack abgehaltenen Werftarbeiterversammlung der Bultanwerft wurde der Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt. Von den 1386 abgegebenen Stimmen lauteten 1276 auf Ablehnung, 94 Stimmen waren für Annahme, 16 ungültig.

Jahreshauptversammlung des Landbund Großenhain

Sonnabend, den 22. Dezember, im Sachsenhof-Saale.

Die Versammlung zeigte stärkeren Besuch als in den letzten Jahren, so daß auch der kleine Saal teilweise besetzt war. Gegen ¾4 Uhr leitete sie der Vorsitzende, Herr Oekonomierat Lommatzsch, mit Worten der Begrüßung ein, in denen er auch der Freude über den starken Besuch Ausdruck gab und insonderheit den Landesvorsitzenden, Herrn Landtagsabgeordneten Schreiber, und Herrn Amtshauptmann Fellisch, sowie die Vertreter des Finanzamtes, der Landwirtschaftsbank, den Vorsitzenden des Junglandbundes willkommen hieß. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über die wichtigsten Ereignisse und Geschehnisse innerhalb des Landbundes im verflossenen Jahre. Das wichtigste Geschehnis war die vom Reichslandbund im ganzen Reiche durchgeführte Demonstration, die auch hier 3600 Landwirte, von ihrer Not getrieben, auf die Straße geführt hat. Sowohl auf dem Finanzamt, als auch der Amtshauptmannschaft ist den Führern der Demonstranten für deren Klagen Verständnis entgegengebracht und zugesichert worden, deren Wünsche an den höheren Stellen zu vertreten. Seitdem sind die Verhältnisse für den Landwirt immer ungünstiger geworden. Dies Jahr hat zwar eine gute Ernte gebracht, aber die Preise entsprechen nicht den gehabten Aufwendungen. Die Verschuldung der Landwirte ist wiederum um 800 Millionen Mark angewachsen vom 1. 10. 27 bis 1. 10. 28. Sie beträgt jetzt insgesamt 11,5 Milliarden, dazu 2 Milliarden Rentenbankverschuldung, zusammen 13 Milliarden. Dazu kommen die Steuerlasten und die der sozialen Gesetzgebung. Im Landbund wurden 23 Sitzungen abgehalten, zum Teil mit Vertretern des Finanzamtes, die hierbei der Lage der Landwirte großes Verständnis entgegenbrachten. Meliorationsprojekte sind bearbeitet, der Landtag muß zu deren Ausführung das Geld bewilligen. Die Reichsregierung brachte das Schielesche Notprogramm, das sich erst noch auswirken muß, wozu gewisse Zeit erforderlich ist. Redner empfahl die Kenntnisnahme des kürzlich gehaltenen Vortrages: „Ueber die Bedeutung der Genossenschaften für den Absatz" und betonte, daß dies genossenschaftliche Zusammengehen auch im hiesigen Bezirke noch mehr durchgeführt werden müsse. Der Redner schloß mit einem Ausblick auf die Zukunft, von der er eine günstige Lage für die Landwirtschaft mit heißem Herzen ersehne.

Als zweiten Verhandlungsgegenstand brachte der Landbund-Geschäftsführer, Herr Schaffrath, seinen sehr umfangreichen Geschäftsbericht zum Vortrag, auf den wir nach den Feiertagen zurückkommen, da er überaus beachtliche volkswirtschaftliche Darlegungen bot, für die die Versammlung durch lebhaften Beifall dankte, dem der Vorsitzende noch Dankesworte anschloß.

3. Den Kassenbericht trug der Schatzmeister, Herr Baron von Rochow, in den einzelnen Konten vor. Die Zusammenstellung weist einen Bestand von 17134 Mark auf. Das Rechnungswerk ist von den zuständigen Herren geprüft worden. Von den beiden Rechnungsprüfern wird die Richtigsprechung u. Entlastung des Schatzmeisters vorgeschlagen.

4. Haushaltplan für 1929. Der Vorstand schlägt vor, den bisherigen Beitrag zu erheben, da die vorgeschlagenen Aenderungen auch Bedenken erwecken und zumal den Landwirten im verflossenen Jahre außergewöhnliche Ausgaben entstanden sind. Die Versammlung stimmte der Beibehaltung des bisherigen Beitrages zu, zumal es dadurch möglich wird, alljährlich ein kleines Plus für den Bund zu erzielen. Vorher hatte der Vorsitzende noch darauf hingewiesen, daß das Grundstück am Frauenmarkt Reparaturen bedürfe, so vor allem in den Parterreräumen, um diese geschäftlich besser ausnützen zu können.

Den Hauptvortrag hielt Herr Dir. Hölzel über

„Die wirtschaftspolitische Lage".

In seiner Einleitung betonte er, daß es ganz nötig sei, daß der Weihnachtsmann zu den Landwirten käme und diesen etwas mitbrächte. Die Getreideernte war besser im Vorjahre, die Rübenernte mittel, Futterernte gering. In anderen Jahren wechselte dies. Mit anderen Worten: die Sorge um die Erhaltung der eigenen Wirtschaft wird der Landwirt so bald nicht los. Dies sei der Mittelpunkt, von dem aus die wirtschaftspolitische Lage betrachtet werden müsse. Den anderen Berufsständen geht es auch nicht viel besser. Dafür zeugen die Berichte der Unteragenten der Reparationskommission. Ueber die Lage der Industrie wird gesagt, daß diese eine recht annehmbare Entwicklung nach oben erfahren hat, um die Industrie brauche man keine Sorge zu haben. Aber der Agent für die Reichsbank sagte, es sei auffallend, daß so ungeheuer viel Leihkapital in der Industrie investiert sei. Die Blüte der Industrie ist also eine Treibhausblüte, angetrieben vom Ausland-Leihkapital. Es ist gefährlich, mit Leihkapital zu arbeiten. Das hat die Landwirtschaft längst erkannt, aber noch nicht genug danach gehandelt. Auch ihr wurde zu bereitwillig Geld gepumpt. Als nach der Inflation die Kapitalgrundlage geschwunden war, machte die Landwirtschaft durch kurzfristige Darlehen auf Wechsel die Erfahrung, daß Geld und Kapital zwei verschiedene Begriffe sind. Geld ist nur der Wertmesser, die Erscheinungsform des Kapitals. Kapital ist nur, was aus unserer Arbeit über den eigenen Bedarf hinaus produziert wird. Dazu ist nötig immer neue und gesteigerte Arbeit. Je mehr Auslandsgeld aufgenommen wird, um so weniger dient es zum Ausbau der eigenen Wirtschaft. Auf dem Wege über das Geld kann man sein Kapital verlieren. Das hat die Inflation uns allen gelehrt. Trotz allem schreit heute die Landwirtschaft nach Geld, nach Schulden. Die Kreise, die mit Geld und durch Geld neues Geld schaffen wollen für sich, sind doch ganz andere als die Landwirte, die doch Werte schaffen wollen, für die Geld nur Mittel zum Zweck ist. Geld ist Ware, hat einen Preis, die Zinsen. Wer Zinsen zahlt, verbessert den Wert der Ware. Es liegt an der Wirtschaft selbst, daß die Zinsforderungen so hoch geschraubt sind. Der Schwerreichste kann sich nicht von seinem Gelde nähren, er muß Brot haben. Selbstdisziplin der Wirtschaft würde mehr helfen, als der schönste Antrag im Parlamente, der doch unter den Tisch fällt. Auch die Industrie wird es am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, vom Kapital, insbesondere vom ausländischen Kapital, abzuhängen. Schulden haben zwei schlechte Eigenschaften: daß man Zinsen bezahlen muß und daß man das Kapital zurückzahlen muß. Vom Auslandgläubiger kann die Rückzahlung der Schulden zu bestimmter Zeit, zu gleichem Termin verlangt werden. Ein Nein gegen den „Kriegerverein" in Genf, den Völkerbund, kann eine Gefahr der kriegerischen Auseinandersetzung heraufbeschwören. Der Redner erinnert an Polen und Rußland; Polen als Mitglied des Völkerbundes, Rußland als Nichtmitglied. Soll dann die deutsche Reichswehr für Polen mit eingesetzt werden? Durch eine deutsche Regierung sicher nicht, es müßte denn eine internationale bolschewistische Regierung in Deutschland herrschend sein. Dem würde auch der von uns abgeschlossene Rapallo-Vertrag widersprechen. In solchem Falle treten seitens des Völkerbundes für Deutschland zwei Gefahren auf: Wirtschafts-Boykott und Finanz-Boykott. Der ganze Völkerbund ist nur geschaffen, um den Feinden deren Beute zu sichern; er ist nur ein Anhängsel zum Versailler Vertrag. Der Wirtschafts-Boykott bedeutet sofortige Sperrung aller Zufuhr, aller Rohstoffe der Industrie und aller Nahrungsmittel. Dadurch Arbeitslosigkeit und Hunger. Der Finanz-Boykott ist der Augenblick, wo wir die gesamten Auslands-Gelder zurückzahlen sollen. In der deutschen Wirtschaft sind 5,8 Milliarden Besitz, an Auslandsanleihen aber 16—18 Milliarden. Dadurch sind wir in die schlimmste Knechtschaft hineingekommen, in die Zinsfrone. Sollen wir plötzlich zahlen, können es aber nicht, dann verfallen alle Wirtschaftsobjekte ohne weiteres dem Auslande. Wir haben kaum noch eine deutsche Industrie. Haben zwar zur Zeit noch eine deutsche Landwirtschaft, aber wir können auf die Dauer nicht so leben, wie wir heute leben. Freiheit! Friede! Brot! wurde verheißen. Aber durch den Versailler Vertrag haben wir die Freiheit verloren. Die Freiheit ist des Volkes höchstes Gut, sie ist nur wiederzugewinnen aus der Wirtschaft heraus, durch gesteigerte Arbeit auf allen Gebieten. Auch die Landwirtschaft muß damit rechnen, der Schrei nach Hilfe vom Staate muß verstummen, die Selbsthilfe stärker werden. Für alle Uebel wird die Steuer verantwortlich gemacht. Tatsache ist, daß sie zu hoch ist.

Aber eine Staatshilfe an den Landwirt kann man doch nur aus den Steuern zahlen, die der Landwirt vorher an den Staat entrichtet hat. Somit ist der Schrei nach Staatshilfe ein Schrei nach neuen Steuern. Der Staat als solcher muß erkennen, daß er sein eigenes Grab gräbt, wenn er zu hohe Steuern nimmt. Das Wohl und Wehe jedes einzelnen hängt vom Wohle des anderen ab. Die Industrie kann nicht ohne die Landwirtschaft sein und bestehen. Die Landwirtschaft kann nur kaufen, wenn es ihr gut geht. Die Landwirte nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als kein anderer Stand sich so leicht nach der Decke streckt wie er. Der Landwirt, eng mit dem Boden verbunden, ist ein Träger der Kultur. Kultur ist immer bodenständig, setzt die Seßhaftigkeit eines Volkes voraus. Kultur läßt sich nicht verpflanzen, höchstens deren Abglanz: die Zivilisation. Wird die Landwirtschaft lediglich industriell betrieben, dann wird unsere Kultur schwinden. Darum ist es zu bedauern, daß nicht auch der Landwirt einmal aufsteht und für sich ein Existenz-Minimum fordert an kulturellen Gütern. Der Krieg mit seinen Sperrmaßnahmen hat gezeigt, wie sehr auch der industrielle Arbeiter gefährdet wird, wenn seine Existenz nur auf Auslands-Ernährung aufgebaut ist. Das Schlimme ist: es denkt jeder nur an sich selbst! Uebermorgen hören wir die Weihnachtsbotschaft, wir feiern das Fest der Liebe. Die Botschaft soll aber nicht nur an die Kinder, an die Familien gehen, sondern an unser ganzes Volk. Wie steht es damit aus? Nie wieder Krieg! Sei stille! sei stille! Aber wegen innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten schlagen sich Deutsche gegenseitig die Schädel ein und verrichten die Arbeit der Feinde zu deren Freude. Bei uns fürchtet man nur, daß eines Tages wieder das deutsche Volk völlig einig dastehen sollte. Einer sollte vielmehr des anderen Helfer sein! Das ist im Sinne der Weihnachtsbotschaft: Einig sollen wir sein. Das Trennende wird bleiben, nichts Gleiches gibts in der Welt, kein Blatt am Baum ist völlig dem andern gleich; es gibt Unterschiede, die immer bleiben werden; Gleiches gibts nicht. Auch Gegensätze wird es immer geben, aber zur Erreichung des großen Zieles muß das Trennende zurückgestellt werden. Jetzt hat jeder einzelne seinen Vogel für sich und den füttert er! Bei uns selbst müssen wir anfangen, auf dem Dorfe ist es leichter als in der Stadt, aber auch auf dem Dorfe ist einer des anderen Teufel. Die Anwesenden sind natürlich ausgeschlossen. Ist es da noch recht, über zu hohe Steuern zu klagen und immer auf den Nachbarn zu verweisen? Nur wenn wir das Einigende in den Vordergrund stellen, werden wir zum Frieden kommen und erkennen, daß die Wirtschaft ein so feiner Organismus ist, der aber nichts mehr wert ist, wenn Industrie oder Landwirtschaft wegfallen. Leben setzt Lebensgemeinschaft voraus. Wir müssen zusammenhalten, dann kommen wir aus der Not heraus. Die Landwirtsnot besteht in der fehlenden Rentabilität. Diese zu heben, muß erste Aufgabe sein, da der Landwirt nicht nur produziert, sondern auch Konsument ist. Für diese Tatsache müssen alle außerhalb der Landwirtschaft stehenden Personen Verständnis bekommen, so wie der Landwirt Verständnis haben muß für die anderen Stände. Möge die Weihnachtsbotschaft auch bei den Landwirten in diesem Sinne ein Echo finden. Wie der Kaufmann am Jahresschluß eine Bilanz mache, so solle dies auch der einzelne tun, er wird dann erkennen, was er falsch gemacht hat. Wer z. B. auf den Landbund schimpft, solle sich vor den Spiegel stellen, denn jeder einzelne Landwirt ist der Landbund. Gewöhnlich sind jene Landwirte die größten Rufer im Streite, die die Beiträge am schlechtesten bezahlen. Gesetze geben nicht so einzurichten, daß sie nur für die Landbundmitglieder gelten; leider bleiben so viele Landwirte außerhalb des Landbundes, genießen aber die von diesem erkämpften Vorteile. Die Gewalt geht jetzt vom Volke aus. Jetzt soll jeder einzelne sich mit vollem Bewußtsein als Repräsentant des Staates fühlen und das Staatsziel erstreben, als freies Volk neben den anderen zu leben. Das Ziel läßt sich auch vom Stärksten nicht erreichen, wenn wir ihm nicht alle helfen, denn die Weihnachtsbotschaft wird nur wahr an denen, die guten Willens sind zur Arbeit mit- und nebeneinander, zur opferbereiten Liebe, um unser Vaterland wieder vorwärts zu bringen! (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende sprach dem Redner besonderen Dank aus.

Hiernach nahm Herr Landesvorsitzender Schreiber das Wort und unterstrich es, daß manches nicht gekommen wäre, wenn jeder immer seine Pflicht erfüllt hätte. Heute sei er in einer ganz besonderen Angelegenheit nach Großenhain gekommen. Der Redner richtete seine weiteren Worte an den Vorsitzenden, Herrn Oekonomierat Lommatzsch. In diesen Tagen und Wochen sind 25 Jahre vergangen, seit Sie, Herr Oekonomierat, in dieser Wirtschaftsorganisation an hervorragender Stelle tätig gewesen sind. Ihr Bezirk verdankt seinem Führer unendlich viel, aber auch der Sächsische Landbund. Wenn in jedem Bezirke so ausgezeichnete und pflichtbewußte Führer vorhanden wären, dann brauchte man um die Zukunft der Organisation nicht besorgt zu sein. Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen des Sächsischen Landbundes die Verdienstmedaille mit dem dazugehörigen Diplom zu überreichen. Ich wünsche, daß Sie sich dieser Auszeichnung noch recht lange erfreuen möchten und daß Sie sich auch weiterhin des Vertrauens aller Mitglieder des Bezirks-Landbundes erfreuen. Es ist eine schwierige Aufgabe, an der Spitze zu stehen. Der Führer muß die Person sein, um die Mitglieder zu gemeinsamem Handeln zusammenzufassen. Ihnen ist dies allezeit gelungen, dafür danke ich Ihnen im Namen des Landbundes ganz besonders. Möchten Sie noch recht lange des Vertrauens aller Mitglieder sich erfreuen